



An den  
Vorsitzenden des Integrationsrates  
Herrn Tayfun Keltek

An die  
Geschäftsstelle des Integrationsrates  
Herrn Andreas Vetter

**SPD-Fraktion  
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau  
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 27.05.2021

**AN/1150/2021**

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Integrationsrat	01.06.2021

**Gegen jeden Antisemitismus – Prävention von und Schutz vor Antisemitismus**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Keltek,

die SPD-Fraktion bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Integrationsrates zu setzen:

Es ist klar, dass die meisten antisemitischen Vorfälle in Deutschland auf rechtsextreme Täter\*innen zurückzuführen sind. Das zeigen auch die offiziellen Statistiken zu antisemitischen Straftaten. Dennoch fühlen sich immer mehr Jüd\*innen in Deutschland auch von Muslim\*innen bedroht. 2017 teilte der Geschäftsführer der Synagogen-Gemeinde Köln David Klapheck mit, dass immer mehr Eltern von antisemitischen Mobbing Erfahrungen ihrer Kinder in Schulen berichteten.

Mit den kriegerischen Auseinandersetzungen, die zwischen Israel und der palästinensischen Hamas ausgebrochen sind, hat sich in Deutschland das Problem des Antisemitismus in Teilen der muslimischen Gemeinschaft wieder gezeigt. Eine ähnlich aufgeheizte Lage mussten Jüdin\*en bereits während des Gaza-Kriegs 2014 erleben. Es gab Ausschreitungen und Angriffen auf Synagogen, TV-Kameras fingen die antisemitischen Sprüche, Drohungen und Sprechchöre ein. Ein weiteres trauriges Beispiel ist die pro-palästinensische Demonstration auf dem Heumarkt am 15. Mai dieses Jahres, in deren Rahmen etliche antisemitische Vorfälle gemeldet wurden.

Von der Kölner Politik wurde vielfach bekundet, Antisemitismus nicht zu dulden und gegebenenfalls mit polizeilichen Kräften einzuschreiten. Unklar bleibt jedoch, welche rechtlichen Spielräume tatsächlich vor Ort vorhanden sind. Im Falle der Kölner Demonstrationen nutzte die Polizei das Mittel der nicht eingehaltenen Hygieneverordnungen, um diese aufzulösen. Dieses Mittel wird, wenn die Pandemie vorbei ist, nicht mehr zur Verfügung stehen. In Frankfurt wurde hingegen eine geplante Kundgebung mehrerer pro-palästinensischer Gruppen untersagt. Das dortige Ordnungsamt sah durch Aufrufe zur Gewalt die öffentliche Sicherheit gefährdet.

Seit 2019 hat die Stadt eine Beratungs-, Anlaufstelle und Meldestelle gegen Antisemitismus eingerichtet. Die Fachstelle „[m<sup>2</sup>] miteinander mittendrin“ ist beim NS-Dokumentationszentrum angesiedelt. Zudem wurde im Jugendhilfeausschuss beschlossen, in Zusammenarbeit mit Schulamt und Bezirksregierung Maßnahmen zu erarbeiten, die Kinder und Jugendliche sensibilisieren, damit sie antisemitische Inhalte in sozialen Medien usw. erkennen.

**Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:**

1. Im Mai 2019 lehnte die Stadt das Gesuch der jüdischen Gemeinde nach einem/einer Antisemitismusbeauftragten ab. Sieht die Verwaltung weiterhin keinen Nutzen in der Errichtung eines/einer Antisemitismusbeauftragten für Köln?
2. Welche Initiativen sind der Verwaltung bereits bekannt, die sich um gegenseitige Verständigung zwischen den Religionsgemeinschaften (z. B. muslimisch/jüdisch) im Hinblick auf den Abbau von Feindbildern, Rassismus und Antisemitismus dauerhaft bemühen, und wie werden diese Initiativen von der Stadt Köln unterstützt?
3. Welche Maßnahmen hat die Stadt ergriffen, um die Anliegen der Resolution „Kein Raum für Antisemitismus in Köln! Für eine solidarische Stadtgesellschaft!“ umzusetzen, und sind in diesem Zusammenhang bereits Maßnahmen evaluiert, die die Verwaltung in der Stellungnahme zum Antrag „Stärkung der präventiven Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gegen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung“ ausgearbeitet hat?
4. Die Fachstelle „[m<sup>2</sup>] miteinander mittendrin“ wurde in diesem Frühjahr durch die Melde- und Dokumentationsstelle komplettiert. Die Fachstelle bietet auch viele Bildungsangebote zum Thema. Hat die Fachstelle schon erste Erkenntnisse über die Verbreitung von Antisemitismus und die Lage der von Antisemitismus Betroffenen in Köln erlangen können, die sie dem Integrationsrat bereits mitteilen kann?
5. Auch bei Demonstrationen oder Aktionen der „Querdenken“-Bewegung oder anderer Corona-Leugner konnte die Verbreitung antisemitischer Inhalte beobachtet werden. Hat die Stadt Kenntnis darüber, ob im Zusammenhang mit all den in der Anfrage erwähnten Demonstrationen Ermittlungen gegen Teilnehmende wegen der Verbreitung antisemitischer Inhalte eingeleitet wurden, und können Demonstrationen mit antisemitischen Inhalten zukünftig wie in Frankfurt verhindert werden?

Wir bitten darum, die Anfrage und die Antwort auch dem AVR, dem JHA, dem Ausschuss für Soziales und Senior\*innen sowie dem Hauptausschuss zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mike Homann  
SPD-Fraktionsgeschäftsführer